

# Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung in Deutschland bei stagnierender Bevölkerungszahl – eine Bevölkerungsprojektion bis 2010

*Das Bevölkerungswachstum in Deutschland kommt zum Stillstand. In der IWH-Projektion bis 2010 stagniert die Einwohnerzahl in den neuen wie auch in den alten Bundesländern. Es kommt jedoch zu Strukturveränderungen zwischen einzelnen Altersgruppen.*

*Während die Zahl der über 65jährigen zunimmt, sinkt die Bevölkerungszahl im erwerbsfähigen Alter bis 2010 um insgesamt 2,5 vH. Unter Berücksichtigung der heutigen Erwerbsbeteiligung entspricht dies einer rein rechnerischen Entlastung des Arbeitsmarktes um knapp eine Million Personen. Dieser Effekt verschwindet jedoch, falls die Erwerbsquote der Frauen in den alten Bundesländern im bisherigen Tempo ansteigt.*

*Besonders ausgeprägt verläuft der demographisch bedingte Rückgang der in das Erwerbsalter eintretenden Generation in Ostdeutschland. Durch den Geburteneinbruch unmittelbar nach der Wende ist ab der Mitte des nächsten Jahrzehnts mit einer drastisch sinkenden Nachfrage nach Lehrstellen zu rechnen, die 2007 nur noch etwa die Hälfte der heute bestehenden betragen wird. Für die Entwicklung in Deutschland insgesamt wirkt sich der Rückgang nur in abgeschwächter Form aus.*

## **Die demographische Dimension des Arbeitsangebots**

Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsangebot wird im wesentlichen durch zwei Dimensionen determiniert. Zum einen ist es verhaltensbedingt begründet durch die Anzahl der Personen, die sich für eine Erwerbsarbeit entscheiden. Zum anderen wird das Arbeitsangebot durch die demographischen Verhältnisse wie die Altersstruktur der Bevölkerung bestimmt. Im vorliegenden Beitrag geht es um die demographische Dimension des Arbeitsangebots. Grundlage zur Beantwortung von Fragen nach der Entwicklung der erwerbsfähigen Bevölkerung oder der zukünftigen Situation auf dem Lehrstellenmarkt aus demographischer Sicht bildet die Bevölkerungsprojektion.

In dieser Arbeit wird ein Vorhersagehorizont bis zum Jahr 2010 zugrunde gelegt. Die Alters- und Geschlechtsstruktur zum Ausgangszeitpunkt ist

bekannt, die zukünftige Entwicklung von Fertilität, Mortalität und Migration ist mit Hilfe begründeter Annahmen festzulegen. Die Zuverlässigkeit der Annahmen ist jedoch unterschiedlich zu beurteilen. Während sich die Entwicklung der Sterblichkeit relativ langsam verändert und die entsprechende Unsicherheit wenig Bedeutung hat, ist die Annahmesetzung bei der künftigen Geburtenentwicklung kritischer. Die hier im Mittelpunkt stehenden künftigen Generationen der erwerbsfähigen Bevölkerung bis 2010 sind jedoch bereits geboren. Am problematischsten ist die Unsicherheit über das Ausmaß der zukünftigen Wanderungen, da diese sehr stark von innenpolitischen Rahmenbedingungen wie auch von äußeren Entwicklungen abhängen. Hier können nur Plausibilitätsüberlegungen zu Annahmen führen.

Hinsichtlich der natürlichen Bevölkerungsbeziehung (Fertilität und Mortalität) wie auch der räumlichen Bevölkerungsbewegung (Zuzüge und Fortzüge) unterscheiden sich die Verhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland. Seit der Vereinigung sind hier jedoch Anpassungsprozesse zu beobachten, die für die Bevölkerungsprognose fortgeschrieben werden. Dabei wird davon ausgegangen, daß die Annäherung Ostdeutschlands an die demographischen Verhältnisse der alten Bundesländer bis 2010 im wesentlichen abgeschlossen sein wird.<sup>1</sup> Die Annahmen der Projektion werden im folgenden kurz vorgestellt.

## **Geburtenverhalten**

Die zusammengefaßte Geburtenziffer<sup>2</sup> in Westdeutschland ist mit etwa 1.400 Geburten je 1.000 Frauen seit 25 Jahren relativ konstant. Für die

<sup>1</sup> Vgl. LANDWEHRKAMP, A.: Die Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland bis zum Jahr 2010, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/1997. Im Gegensatz zur mittelfristigen Bevölkerungsprognose, die das IWH vor zwei Jahren anfertigte, wird sie diesmal für ganz Deutschland erstellt. Die Entwicklung in den neuen Bundesländern ist gesondert berücksichtigt. Die Annahmen zur Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland wurden präzisiert, jedoch nicht stark verändert.

<sup>2</sup> Die zusammengefaßte Geburtenziffer berichtet die mit 1.000 multiplizierte Zahl der Lebendgeborenen in Relation zur Anzahl der Frauen im fertilen Alter (15 bis 45 Jahre).

Projektion wird im folgenden keine Verhaltensänderung unterstellt. Da die einfache Reproduktion der Bevölkerung etwa 2.100 Geburten je 1.000 Frauen erfordert, hat die Kindergeneration in Deutschland nur noch zwei Drittel der Stärke der Elterngeneration.

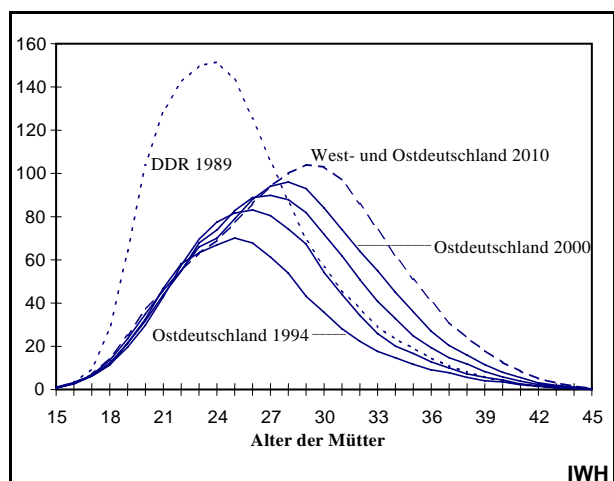
Der vom Statistischen Bundesamt für 1998 vermeldete Rückgang der Geburtenzahlen im früheren Bundesgebiet um 4,2 Prozentpunkte auf 682.000 Geburten<sup>3</sup> erklärt sich mit dem etwa gleichstarken Rückgang der Zahl der Frauen im Alter mit den höchsten Geburtenziffern. Bei zwei Drittel aller Geburten sind die Mütter zwischen 24 und 34 Jahren alt. Dies ist jedoch genau die Generation der zwischen 1964 und 1974 Geborenen, die durch den damaligen massiven Geburtenrückgang („Pillenknicke“) selbst zahlenmäßig klein geworden war. Dadurch sinkt in den nächsten Jahren die Zahl der potentiellen Mütter weiter.

Die Kinderzahlen gehen in den nächsten Jahren aus zwei Gründen zurück. Erstens sinkt die Zahl der Mütter überproportional ab. Zweitens ist die einfache Reproduktion der Bevölkerung nicht gegeben. Selbst bei einer sofortigen Erhöhung der Geburtenziffern auf die einfache Reproduktionsrate (2.100 Geburten je 1.000 Frauen) würde in den nächsten Jahren die Zahl der Kinder in Deutschland weiter fallen. In dieser Illustration spiegelt sich das große Beharrungsvermögen einmal in Gang gesetzter demographischer Veränderungen wider.

In Ostdeutschland sind die Geburtenziffern noch niedriger. Der transformationsbedingte Geburtenrückgang hatte 1994 die Talsohle erreicht. So halbierte sich die Geburtenziffer je 1.000 Frauen im fertilen Alter von 1.572 im Jahre 1989 auf nur noch 772 im Jahr 1994. Dieser Rückgang hat seine Ursache hauptsächlich in einer Anpassung an Verhaltensmuster, wie sie auch aus Westdeutschland bekannt sind. Kennzeichnend hierfür ist in erster Linie ein Anstieg des durchschnittlichen Gebäralters. Dieses lag in Ostdeutschland 1989 mit 24,8 Jahren deutlich niedriger als in Westdeutschland mit 28,2 Jahren (1996 bei 29,4 Jahren). Naturgemäß macht sich der Anpassungsprozeß zuerst nur bei

den jüngeren Frauengenerationen bemerkbar, da die älteren Frauen die gewünschte Kinderzahl bereits zu DDR-Zeiten realisiert hatten. Die Entwicklung der Geburtenziffern der nach 1970 geborenen Frauengeneration ist bereits weitgehend identisch mit derjenigen der entsprechenden westdeutschen Jahrgänge. Somit steigen die Geburtenziffern nach einem vier- bis fünfjährigen Rückgang wieder kräftig an, wenn auch von einem niedrigen Niveau aus. Der relativ niedrige Anstieg bei der Zahl der Geburten 1998 um nur 1,8 vH gegenüber dem Vorjahr ist ebenfalls überlagert von einem Rückgang der Frauen im fertilen Alter.

Abbildung 1:  
Entwicklung der altersspezifischen Geburtenziffern in Ostdeutschland



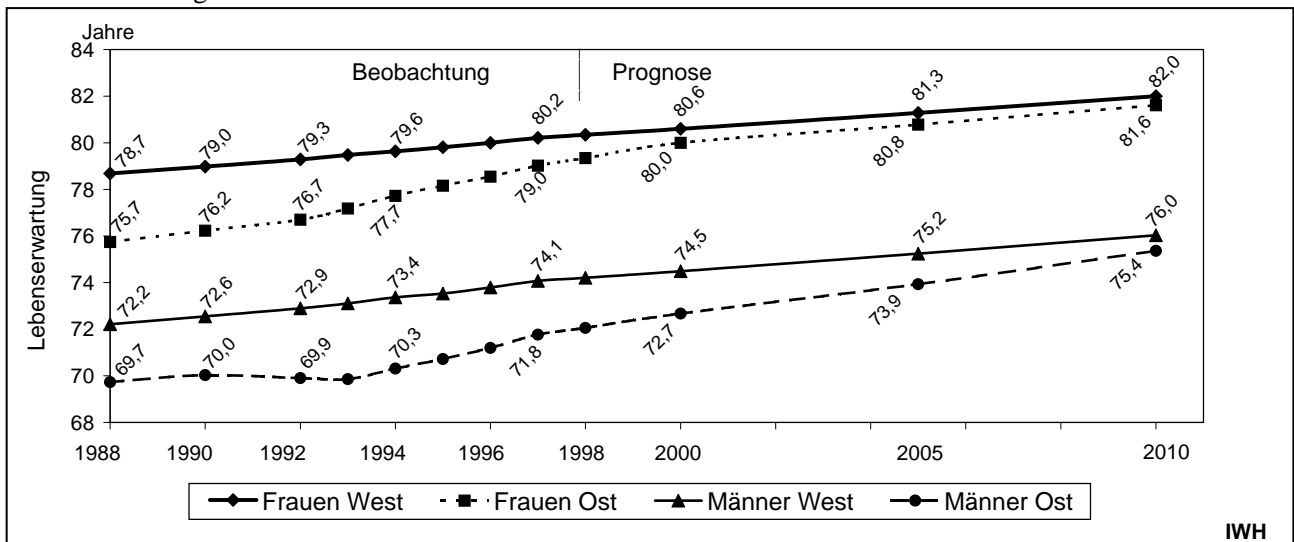
Quelle: Bis 1996 Statistisches Bundesamt; IWH-Projektion.

In Abbildung 1 ist die zu erwartende Entwicklung der altersspezifischen Geburtenziffern<sup>4</sup> dargestellt. Die obere Linie gibt den für das Jahr 2010 in Westdeutschland erwarteten Verlauf der altersspezifischen Geburtenziffern an. Die darunter liegenden Linien entsprechen den Verläufen der altersspezifischen Geburtenziffern in Ostdeutschland von 1994 bis 2000 im Zwei-Jahres-Abstand. Sie dokumentieren den Anpassungsprozeß an das für Westdeutschland im Jahr 2010 unterstellte Geburtenverhalten. Zum Vergleich ist der Verlauf der

<sup>3</sup> Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 24. Februar 1999 (siehe <http://www.statistik-bund.de/presse/deutsch/pm/p9057023.htm>).

<sup>4</sup> Die altersspezifischen Geburtenziffern geben die Zahl der Geburten von 1.000 Frauen eines Altersjahrganges innerhalb eines Jahres an. Die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern ergibt die zusammengefaßte Geburtenziffer, vgl. Fußnote 2.

Abbildung 2:  
Lebenserwartungen in Ost- und Westdeutschland



Quelle: Bis 1997 Statistisches Bundesamt; IWH-Projektion.

altersspezifischen Geburtenziffern der DDR von 1989 abgebildet.

### Lebenserwartung

Innerhalb der vergangenen Dekade stieg die Lebenserwartung in Westdeutschland um etwa zwei Jahre. Auch in Zukunft wird mit einem weiteren Anstieg der Lebenserwartung gerechnet. Bis 2010 wird das Tempo als etwa gleichbleibend angenommen. Die Lebenserwartung Neugeborener (1997: Frauen 80,2 Jahre, Männer 74,1 Jahre) wird bis zum Ende der Projektion auf 82 Jahre für Frauen und 76 Jahre für Männer gestiegen sein (vgl. Abbildung 2). Der Abstand der Lebenserwartung zwischen den Geschlechtern – Frauen leben im Durchschnitt sechs bis sieben Jahre länger als Männer – wird sich in der Projektion nicht verringern.

In Ostdeutschland besteht noch eine geringere Lebenserwartung als in Westdeutschland. Die Differenz betrug Ende der achtziger Jahre 2,5 bis 3 Jahre. Seitdem haben sich die Unterschiede je nach Geschlecht in verschiedenem Maße verringert (vgl. Abbildung 2). Bei den Frauen wird die Differenz bis zum Jahr 2000 im wesentlichen verschwunden sein. Bei den Männern stellt sich die Situation differenzierter dar. Nach der Vereinigung stagnierte die Lebenserwartung (bzw. sank sogar leicht), da es trotz sinkender Mortalitätsraten alter Menschen

zu einem deutlichen Anstieg von Todesfällen in der Gruppe der 18- bis 48-jährigen Männer kam. Seit drei bis vier Jahren ist jedoch auch bei den ostdeutschen Männern ein Annäherungsprozeß in der Lebenserwartung zu beobachten, so daß hier am Ende des Vorhersagezeitraums nur noch geringe, regional begründete Unterschiede in der Mortalität vermutet werden können.

### Wanderungsbewegungen

Der Saldo der Wanderungen nach Deutschland ist der problematischste Teil der zu treffenden Annahmen. Die Zahl der Zu- und Fortzüge unterliegt starken Schwankungen. Die Migrationsbewegungen sind dabei von Faktoren wie gesetzlichen Regelungen und politischen Verhältnissen im In- und Ausland abhängig, die im Vorfeld nicht vorauszu- sehen sind.

In der Geschichte der Bundesrepublik wurden bis auf wenige Ausnahmen immer hohe Einwanderungsüberschüsse registriert. In den letzten Jahren ist der Außenwanderungssaldo von einem sehr hohem Niveau aus (1992: plus 782.000) gesunken, da der u. a. dafür verantwortliche Zuwanderungsdruck aus Osteuropa und der GUS stark zurückgegangen ist und neue gesetzliche Regelungen in der Asylpolitik in Kraft traten. So überstieg die Zahl der Einwanderer die Zahl der Auswanderer 1997 nur noch um rund 94.000, und im ersten Halbjahr

1998 war der Wanderungssaldo fast ausgeglichen (plus 19.000).

Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß Deutschland mittelfristig ein attraktives Zuwanderungsland bleiben wird. Insbesondere mit dem angekündigten Beitritt osteuropäischer Staaten zur EU und den damit sinkenden Mobilitätschranken sind aus dieser Region neue Zuwanderungen zu erwarten. Das exponentielle Anwachsen der Weltbevölkerung übt allgemein einen Zuwanderungsdruck auf Deutschland aus. So steigt die Weltbevölkerung derzeit jährlich um etwa 78 Millionen Menschen.<sup>5</sup> Bis 2010 bedeutet dies einen Zuwachs der Weltbevölkerung um fast eine Milliarde Menschen. Insbesondere in den Entwicklungsländern gibt es große Migrationsbewegungen. Wenn nur ein kleiner Teil der weltweiten Migrationsströme Deutschland erreicht, kann dies aus Sicht der Bundesrepublik auch in der Zukunft für deutlich positive Wanderungssalden sorgen.

So wird ausgehend von einem prognostizierten Zuwanderungsüberschuß von 100.000 im Jahr 1999 wieder mit einem steigenden Migrationssaldo gerechnet, der bis 2005 linear auf ein Zuwanderungsniveau für Gesamtdeutschland von 250.000 ansteigt und danach gleichbleibend verläuft (vgl. Tabelle ).

Tabelle:  
Außenwanderungssaldo für Deutschland bis 2010

Jahr	Außenwanderungssaldo (Beobachtung)	Jahr	Außenwanderungssaldo (Annahme)
1991	603.000	1998	50.000
1992	782.000	1999	100.000
1993	462.000	2000	125.000
1994	315.000	2001	150.000
1995	398.000	2002	175.000
1996	282.000	2003	200.000
1997	94.000	2004	225.000
		2005 - 2010	250.000 p. a.

Quelle: Bis 1997 Statistisches Bundesamt; IWH-Projektion.

Hinter der angenommenen Verdopplung des Außenwanderungssaldos von 1998 zu 1999 steckt

<sup>5</sup> Vgl. UNITED NATIONS: Revision of the World Population Estimates and Projections, <http://www.popin.org/pop1998/1.htm> (Zugriff am 31. März 1999).

nur ein geringer Anstieg der Zuzugzahlen (von 800.000 auf 850.000) nach einem vorherigen Rückgang (1996: 960.000, 1997: 840.000) bei gleichbleibenden Fortzügen (750.000). Die Zahl der Auswanderungen ist zur Zeit eher auf einem hohen Niveau, eine Reaktion auf die sehr hohen Zuwanderungen aus der ersten Hälfte der 90er Jahre. Mittelfristig wird dadurch wieder ein leichter Rückgang erwartet. Die Zuzüge aus dem Ausland werden bis 2005 als geringfügig steigend prognostiziert (900.000). Für den gesamten Projektionszeitraum von 13 Jahren wird ein Zuwanderungssaldo von 2,5 Millionen Personen erwartet, das sind im Durchschnitt knapp 200.000 Personen pro Jahr. Diese Zahl entspricht etwa einer mittleren Position bei Bevölkerungsprognosen zu Deutschland, deren Annahmen meist die Spanne von 100.000 bis 300.000 Personen im Saldo überstreicht.

Der Anteil Ostdeutschlands am Saldo der Zuwanderung liegt derzeit noch unterhalb seines Bevölkerungsanteils. Verantwortlich für den geringeren Zuzug aus dem Ausland sind vermutlich mehrere Faktoren. Bei der Zuwanderung von Deutschen (das war 1996 gut ein Viertel der knapp eine Million Zuwanderer brutto) kann aufgrund der kürzeren vorherigen Fortwanderungsgeschichte ein geringerer Zuzug vermutet werden (außer Aussiedler). Bei der Aufnahme von Aussiedlern (also Deutschen) wie auch Asylbewerbern erfolgt die Zuweisung auf die Bundesländer entsprechend ihres Bevölkerungsanteils. Faktoren wie geringerer Familiennachzug und fehlende Netzwerkmigration spielen wahrscheinlich bei den ausländischen Einwanderern eine Rolle, da der Ausländeranteil in Ostdeutschland noch wesentlich geringer ist als in Westdeutschland. Da die oben genannten Gründe in Zukunft an Bedeutung verlieren dürften, wird angenommen, daß sich die Zuwanderung entsprechend dem Bevölkerungsanteil bei knapp 50.000 einpendelt.

Die Entwicklung der Binnenwanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet sowie den neuen Bundesländern ist nach den anfänglich hohen Bevölkerungsverlusten für Ostdeutschland sehr schnell einem fast ausgeglichenen Migrationssaldo gewichen. So betrug der Bevölkerungsverlust an die alten Bundesländer 1997 nur noch etwa 10.000 Personen. Es ist anzunehmen, daß der Saldo der Bin-

nenwanderung zwischen Ost und West in Zukunft nur noch eine untergeordnete Rolle spielen wird. Die Verrechnung des Binnenwanderungssaldos mit dem Außenwanderungssaldo führt für Ostdeutschland zu einem Nettomigrationsgewinn, der nach der Hochrechnung ab 2005 konstant bei 44.000 Personen per anno liegen wird.

### **Bevölkerungszahl bleibt im Projektionszeitraum konstant**

Aus der angenommenen Entwicklung von Geburtenziffern, Sterblichkeit und Wanderung folgt für die Bundesrepublik, daß die Bevölkerungszahl nach dem ausgeprägten Anstieg in der zurückliegenden Dekade (plus 3,7 Millionen Personen) bis 2010 etwa konstant bleiben wird.

Durch die geringen Geburtenziffern besteht in der Bundesrepublik langfristig ein Gestorbenenüberschuß. Für den deutlichen Bevölkerungsgewinn ist jedoch die sehr starke Nettozuwanderung der letzten Jahre verantwortlich. Von 1998 bis 2000 ist durch die sich bereits abzeichnende geringere Nettozuwanderung mit einem leichten Bevölkerungsrückgang zu rechnen, der in der Projektion auf rund 200.000 Personen beziffert wird. Danach ist mit einem Ausgleich von Verlusten aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Gestorbenenüberschuß) und der räumlichen Bevölkerungsbewegung (Nettozuwanderung) zu rechnen. Die Bevölkerungszahl bleibt ab 2000 auf einem Niveau von etwa 81,8 Millionen konstant (vgl. Abbildung 3).<sup>6</sup>

Die Veränderungen der Bestimmungsfaktoren der demographischen Entwicklung führen dazu, daß sich der Bevölkerungsrückgang in Ostdeutschland verlangsamt, da sich die bestehende Lücke zwischen Geborenen und Gestorbenen – ebenso wie bereits im Westen Deutschlands – verringern

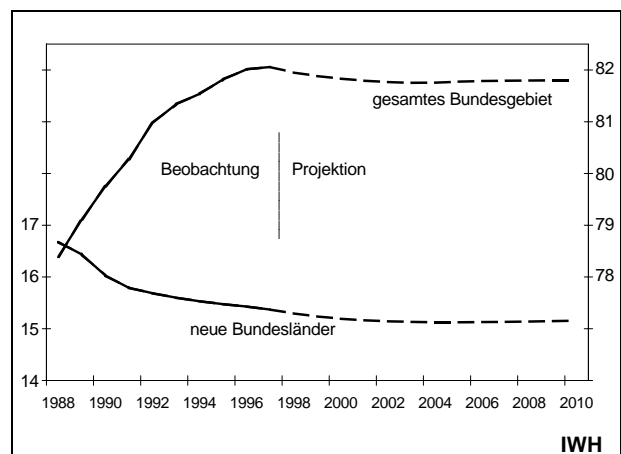
<sup>6</sup> Wie langfristige Projektionen zeigen, bleibt die Bevölkerungszahl nach 2010 jedoch nicht konstant. Selbst ein stark positiver Migrationssaldo führt zu einem massiven Rückgang der Bevölkerungszahl in Deutschland nach 2010, vgl. KEMPE, W.: Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur Deutschlands bis 2040: Abnehmende Bevölkerung bei wachsender Überalterung, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 5/1998. Andere Prognosen kommen hier jeweils zu ähnlichen Schlußfolgerungen, z. B.: DEMOGRAPHISCHER WANDEL: Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik. Deutscher Bundestag (Hrsg.). Bonn 1998.

wird. Dennoch fällt die Bevölkerungszahl in den nächsten Jahren weiter, wenn auch im Vergleich zur vergangenen Dekade (-1,3 Millionen)<sup>7</sup> in nur noch geringem Umfang. Es ist mit einem Rückgang von 15,37 Millionen Personen (Ende 1997) auf etwa 15,15 Millionen 2002 zu rechnen. Da der Binnenwanderungssaldo mit den alten Bundesländern schon praktisch keine Rolle mehr für die Bevölkerungsentwicklung spielt und aus dem Ausland die Zuzüge überwiegen, ist ab 2002 ein Ausgleich mit dem Gestorbenenüberschuß zu erwarten. So bleibt die Gesamtbevölkerung Ostdeutschlands bis 2010 in etwa auf dem Niveau von 2002.

Abbildung 3:

Entwicklung der Bevölkerungszahl bis 2010 im gesamten Bundesgebiet (rechte Skala) sowie den neuen Bundesländern (linke Skala)

- in Millionen Personen -



Quelle: Bis 1997 Statistisches Bundesamt; IWH-Projektion.

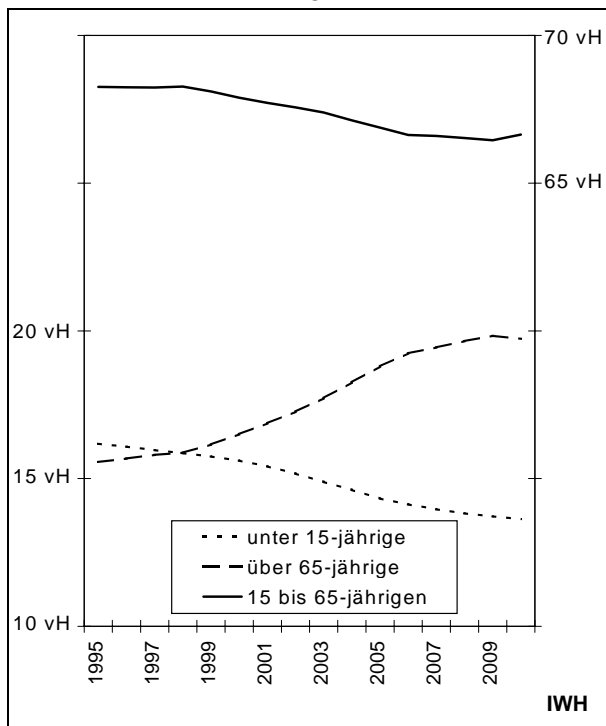
### **Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bei stagnierender Bevölkerungszahl**

Trotz des gleichbleibenden Niveaus der Bevölkerungszahl in Ost- wie in Westdeutschland bis 2010 kommt es künftig zu deutlichen Verschiebungen zwischen den einzelnen Altersgruppen (vgl. Abbildung 4).

Die Jahre 1934 bis 1941 waren in Deutschland sehr geburtenstarke Jahre. Diese Generation erreicht demnächst die Altersgrenze von 65 Jahren und scheidet aus dem erwerbsfähigen Alter aus. Entspre-

<sup>7</sup> Verantwortlich für den Rückgang war allerdings nicht die natürliche Bevölkerungsbewegung, sondern die hohe Zahl der Fortzüge.

Abbildung 4:  
Anteil der drei Altersgruppen Kinder, Rentner (linke Skala) sowie Erwerbsfähige (rechte Skala) an der Gesamtbevölkerung

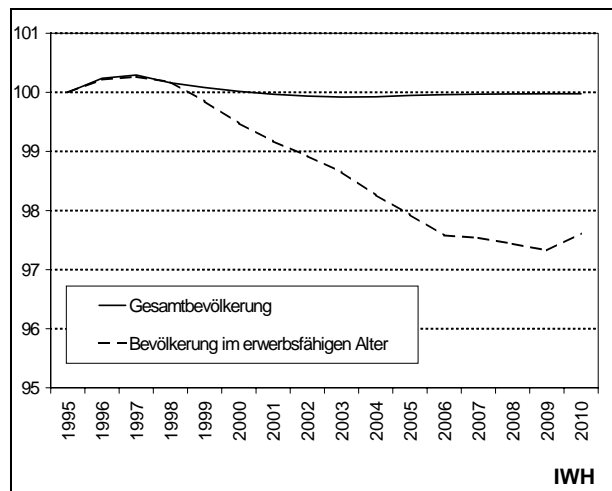


Quelle: Bis 1997 Statistisches Bundesamt; IWH-Projektion.

chend vergrößert sich der Anteil der Rentner an der Gesamtbevölkerung. Die in das Erwerbsalter nachwachsende Generation wurde nach dem „Pillenknicke“ geboren und ist weniger stark besetzt. Damit sinkt die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, obwohl sich die Bevölkerungszahl kaum verändert. In Abbildung 5 ist diese Entwicklung aufgezeigt. Während das Niveau der Gesamtbevölkerung im Projektionszeitraum praktisch gleich bleibt (beide Größen wurden mit dem Stand von 1995 auf 100 normiert), nimmt die erwerbsfähige Bevölkerung gegenüber 1995 in den nächsten Jahren um 2,5 vH ab.

Ein Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in diesem Ausmaß entspricht in Deutschland etwa 1,5 Millionen Menschen, die Zahl sinkt von derzeit 56 Millionen auf 54,5 Millionen Personen. Diese Entwicklung vollzieht sich in den neuen wie in den alten Bundesländern. Die daraus resultierende Verringerung des Arbeitsangebotes auf dem Arbeitsmarkt muß allerdings deutlich geringer eingeschätzt werden. Unter Berücksichtigung der (heutigen) Nichterwerbsbetei-

Abbildung 5:  
Entwicklung der Zahl der Gesamtbevölkerung und der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre), normiert auf 1995=100



Quelle: Bis 1997 Statistisches Bundesamt; IWH-Projektion.

ligung vieler Personen im erwerbsfähigen Alter reduziert sich dieser Effekt am Arbeitsmarkt auf knapp eine Million Menschen (Ostdeutschland: 60.000, Westdeutschland: 900.000). In dieser Größe ist nur der demographische Effekt berücksichtigt.

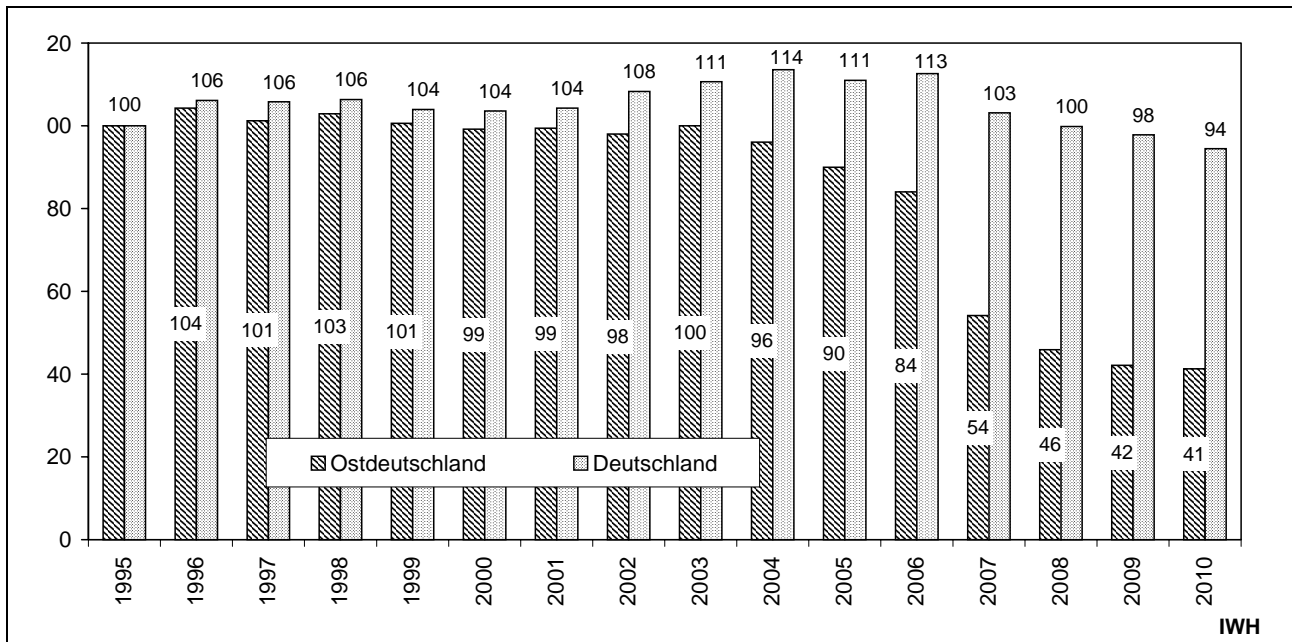
Sollte es zusätzlich zu einem Anstieg der Erwerbsquoten<sup>8</sup> kommen, verringert sich die Auswirkung auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes weiter.<sup>9</sup> Hier werden bei den Männern nur wenig Veränderungen erwartet, da eine sinkende Erwerbsbeteiligung bei den 15- bis 24-jährigen (aufgrund einer höheren Bildungsbeteiligung) einer steigenden Erwerbsbeteiligung der 55- bis 64-jährigen gegenübersteht.<sup>10</sup> Bei den ostdeutschen Frau-

<sup>8</sup> Die Erwerbsquote ist das statistische Maßkonzept für die Erwerbsbeteiligung. Sie bezeichnet den Anteil von Personen, die entweder erwerbstätig oder auf Arbeitssuche sind, bezogen auf alle Personen in der entsprechenden Altersgruppe.

<sup>9</sup> Von Entlastung des Arbeitsmarktes kann nur im Zusammenhang mit dem derzeitigen Ausmaß der Unterbeschäftigung gesprochen werden, hinsichtlich der Finanzierung der Sozialversicherungssysteme oder der Güternachfrage handelt es sich eher um eine Belastung.

<sup>10</sup> Annahmen zur Entwicklung der Erwerbsquote beruhen im wesentlichen auf: IAB (1998): Projektion des Erwerbspersonenpotentials in Deutschland 1996 bis 2040. Es wird davon ausgegangen, daß es innerhalb des Projektionszeitraumes keine Veränderungen des Renteneintrittsalters geben wird. Mit einem Rückgang der Praxis der Frühverrentung aufgrund der Belastung der Sozialversicherungen wird dagegen gerechnet.

Abbildung 6:  
Entwicklung der Zahl der 16-jährigen, normiert auf 1995=100



Quelle: Bis 1997 Statistisches Bundesamt; IWH-Projektion.

en wird ein ähnlicher Effekt erwartet, wobei im Saldo ein leichter Rückgang der Erwerbsneigung als realistisch anzusehen ist. Bei den westdeutschen Frauen wird jedoch wie in der Vergangenheit ein deutlicher Anstieg vermutet.<sup>11</sup> Es wird vom Szenario konstanter Erwerbsquoten bei den Männern und einer um einen Prozentpunkt sinkenden ostdeutschen Frauenerwerbsquote ausgegangen. Von der Erwerbsbeteiligung der Frauen in den alten Bundesländern wird vermutet, daß sie im Prognosezeitraum im bisherigen Tempo (0,25 Prozentpunkte pro Jahr) weiter steigt und somit 2010 um 3,2 Prozentpunkte höher liegt als 1997. Im Ergebnis verschwindet die angebotsseitige Wirkung des Arbeitsmarktes vollständig (Ostdeutschland: 90.000 Rückgang, Westdeutschland: 100.000 Zuwachs).

### **Zahl der potentiellen Lehrstellensuchenden geht in Ostdeutschland stark zurück**

Bei der Generation, die demnächst in das Erwerbsalter eintritt und eine Lehrstelle suchen wird, ergibt sich in Ostdeutschland eine besondere Ent-

<sup>11</sup> Die Frauenerwerbsquote in den alten Bundesländern ist langfristig deutlich gestiegen. In den Jahren 1990 bis 1997 betrug der Anstieg jahresdurchschnittlich 0,25 Prozentpunkte und liegt aktuell bei 60,3 vH (1997).

wicklung. Dabei widerspiegeln die hier präsentierten Ergebnisse bezüglich der potentiellen Lehrstellennachfrage der nächsten Jahre wiederum nur den demographischen Einfluß. Da die Aufnahme einer Lehre in verschiedenen Altersstufen und Schulabschlüssen möglich ist und zur Zeit auch immer wieder ein Überhang aus dem Vorjahr erneut nach einer Ausbildungsstelle sucht, sind die Zahlen entsprechenden Schwankungen unterworfen.<sup>12</sup> Desweiteren wird vorausgesetzt, daß ein gleichbleibender Anteil von Jugendlichen eine Berufsausbildung wünscht und nicht ein Studium aufnehmen möchte oder gar keine Berufsausbildung anstrebt.<sup>13</sup> Als Indikator der potentiellen Lehrstellennachfrage wird das Niveau der Generation der 16-jährigen in der Bundesrepublik genutzt.

<sup>12</sup> Zur Lage, insbesondere der Angebotssituation auf dem Lehrstellenmarkt vgl.: BERGEMANN, A.: Zur Lehrstellensituation in Deutschland: Bestimmungsgrößen des Angebots an Ausbildungsplätzen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 13/1997, S. 3-9.

<sup>13</sup> Die tatsächliche Nachfrage von Lehrstellen ist von weiteren Faktoren abhängig, wie der Relation zwischen Angebot und Nachfrage, der vorgelagerten Bildungsentscheidung und weiterführenden Berufsausbildung, vgl. BEHRINGER, F.; ULRICH, J. G.: Die Angebotsabhängigkeit der Nachfrage nach Ausbildungsstellen als Problem bei der Vorausschätzung der zukünftigen Nachfrage, in: MittAB, Nr. 3 (1997), S. 612-619.

In den neuen Bundesländern ist aus demographischer Sicht eine gleichbleibende Nachfrage nach Lehrstellen in den nächsten Jahren zu erwarten (vgl. Abbildung 6). Es ist jedoch ab 2004 mit einer Entspannung auf dem ostdeutschen Lehrstellenmarkt zu rechnen. Im weiteren Verlauf erreicht die zahlenmäßig kleine Generation der unmittelbar nach der Wende in Ostdeutschland Geborenen das Erwerbsalter. Im Jahr 2007 ist eine Halbierung der Zahl der potentiell eine Lehrstelle Suchenden gegenüber dem heutigen Niveau zu erwarten. Am Ende des Projektionszeitraumes ist die Zahl der Lehrstellensuchenden auf gut 40 vH des Ausgangsniveaus abgesunken.<sup>14</sup>

Deutschlandweit ist aus demographischer Sicht für die nächsten drei Jahre mit einer ähnlichen Si-

tuation auf dem Ausbildungs- und Lehrstellenmarkt wie heute zu rechnen (vgl. Abbildung 6). Ab 2002 ist jedoch eine wachsende Nachfrage von Ausbildungsplätzen im dualen System zu erwarten. Der Rückgang ab 2007 ist im wesentlichen auf die besondere ostdeutsche Entwicklung zurückzuführen.

Diese Entwicklung stellt für die Lehrstellensituation durch die geringere Nachfrage eine Entlastung dar, falls es aus konjunkturellen Gründen nicht schon vorher zu einer Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt kommt.

Wolfram Kempe  
(wke@iwh.uni-halle.de)

## Energieeinsparung im ostdeutschen Mietwohnungsbestand: Mehr Investitionsanreize notwendig

*Fast ein Viertel der gesamtdeutschen Emissionen des Klimaschadstoffes Kohlendioxid wird vom Raumwärmeverbrauch verursacht. Doch bestehen gerade hier große Minderungspotentiale, deren Nutzung oft allein wegen der damit verbundene Energiekostensenkung lohnenswert ist. Obgleich dies insbesondere für den Mietwohnungsbestand der neuen Bundesländer gilt, wird immer noch ein großer Teil der ostdeutschen Mietwohnungen modernen wärme- und heizungstechnischen Standards nicht gerecht. Nach wie vor sorgen Finanzierungsprobleme ostdeutscher Vermieter dafür, daß der Instandsetzungsstau nur langsam abnimmt und Energiesparmaßnahmen unterbleiben. Aber auch dort, wo bereits modernisiert wird, sind die Anreize, Investitionen an einer optimalen Nutzung der Energiesparpotentiale auszurichten, nicht ausreichend. Das nunmehr auch in Ostdeutschland geltende Vergleichsmietensystem kann dieses Defi-*

*zit – dem das Auseinanderfallen der Adressaten von Kosten und Nutzen energiesparender Maßnahmen zugrunde liegt – nicht kompensieren.*

*Ordnungsrechtliche Vorgaben und förderpolitische Maßnahmen allein sind kaum geeignet, dieses Dilemma zu entschärfen. Sollen die Energiepreiserhöhungen im Zuge der Ökosteuerreform wirksame Investitionsanreize auslösen, ist eine Verbesserung der Anreizkompatibilität des Vergleichsmietensystems, ergänzt um eine Anpassung der relevanten technischen Verordnungen und Förder Richtlinien, notwendig.*

### **Energiesparpotentiale im ostdeutschen Mietwohnungsbestand**

Im Jahr 1989 lagen die jährlich durch Raumheizung verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Quadratmeter Wohnfläche in Ostdeutschland mehr als 40 vH über vergleichbaren Werten der alten Bundesländer.<sup>15</sup> Hierfür war zum einen der sowohl

<sup>14</sup> Der Anteil der ostdeutschen Jugendlichen im Alter von 16 Jahren an allen Altersgenossen in Deutschland geht von 24,6 vH (1995) auf 10,7 vH (2010) zurück. Der Bevölkerungsanteil der neuen Bundesländer hingegen verringert sich dagegen kaum von 18,9 vH (1995) auf 18,5 vH (ab 2001, bis zum Ende der Projektion konstant). Im Jahr 1989 betrug der Bevölkerungsanteil Ostdeutschlands noch 20,8 vH.

<sup>15</sup> Vgl. BORGES, H.; LORENZ, G. HELMSTÄDTER, E.: Energieeinspar- und CO<sub>2</sub>-Minderungspotentiale im Wohngebäudebestand der neuen Bundesländer bis zum Jahr 2005. Institut für Erhaltung und Modernisierung von Bauwerken. Berlin 1996, S. 13.